

Zeitschrift: Schweizer Hebamme : offizielle Zeitschrift des Schweizerischen Hebammenverbandes = Sage-femme suisse : journal officiel de l'Association suisse des sages-femmes = Levatrice svizzera : giornale ufficiale dell'Associazione svizzera delle levatrici

Herausgeber: Schweizerischer Hebammenverband

Band: 77 (1979)

Heft: 3

Artikel: Internationale Währungsordnung zwischen Chaos und Utopie

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-950640>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Kommentar

Alfred Matter

Die intern stabile und extern überbewertete Kaufkraft des Schweizer Frankens hat die Erneuerung des Friedensabkommens zwischen den Sozialpartnern, billige Importe, preiswerte Auslandsreisen und günstige Auslandsinvestitionen ermöglicht; sie beginnt aber auch, die Exporte und damit die Arbeitsplätze in einem Ausmass

zu gefährden, das Politiker, Verbände, die Wissenschaft und nicht zuletzt die Währungsbehörden auf den Plan ruft. Sie versuchen, die komplexen Zusammenhänge zu ergründen und ohne Rückfall in die inzwischen als Todsünde erkannte Inflation, Protektion oder Devisenbewirtschaftung Abhilfe zu schaffen. Dabei zeigt sich, dass gerade über die Zusammenhänge zwischen Geldpolitik, Inflation und Wechselkurs-

entwicklung erhebliche Forschungs- und Erfahrungslücken bestehen, die möglichst bald geschlossen werden sollten. Eine Erfahrung hat die Nationalbank mit dem Floating immerhin gemacht, zu dem sie 1973 im Sinn einer Not- und Übergangslösung Zuflucht suchte: es erlaubte ihr theoretisch, eine autonome Geldpolitik zu betreiben. Bei der extremen Auslandabhängigkeit unserer Wirtschaft stösst diese Auto-

nomie in der Praxis jedoch an die Grenzen, die uns in der Exportwirtschaft heute so grosse Sorgen bereiten. Das Heil in internationaler Kooperation und Absprache zu suchen, verspricht ebenfalls nur Erfolg aufgrund vertiefter empirischer Kenntnisse und eines allseitig klaren Willens zu einer stabilitätsorientierten, marktwirtschaftlich fundierten Politik.

Internationale Währungsordnung zwischen Chaos und Utopie

Kurzarbeit infolge der Überbewertung des Schweizer Frankens, Anstieg der europäischen Direktinvestitionen in den USA als Reaktion auf die Unterbewertung des Dollars, scheinbar unaufhaltsame Inflations-Abwertungs-Spirale in Italien, folgeschwere Entmutigung der europäischen Unternehmerschaft durch unsichere Wechselkurserwartungen, unaufhaltsamer Zerfall des Dollars als Ausdruck der Dekadenz der westlichen Führungsmacht – das sind einige Stichworte zur zunehmenden Nostalgie, mit der die Weltwirtschaft vom gegenwärtigen währungspolitischen Chaos aus die gute alte Zeit der festen Wechselkurse betrachtet. Wie immer verdrängt dabei der verklärende Blick zurück, weshalb man die Vergangenheit hinter sich gelassen hat. Allzu leicht verwischt das selbst bei jenen, welche die währungspolitischen Weichen zu stellen haben, die Grenze zwischen irrealen Wunschträumen und konstruktiven Gedankenmodellen. Ein Versuch zu klärender Distanz tut daher not.

Vom goldenen Zeitalter zum Unsystem

Währungsordnungen sind nicht Selbstzweck, sondern haben wie alle anderen wirtschaftspolitischen Instrumente zum «grössten Glück der grössten Zahl» beizutragen, d. h. zu einem möglichst hohen – im Sinn der vollen Berücksichtigung aller Kosten natürlich auch echten –, breitgestreuten Wirtschaftswachstum. Sie sind Resultat einer schwierigen und selten bewusst vorgenommenen Optimierungsaufgabe zwischen zwei oft im Konflikt zuein-

ander stehenden Zielen, nämlich dem einen für die Prosperität aller Beteiligten förderlichen internationalen Arbeitsteilung durch möglichst kosten- und risikolose Abwicklung der internationalen Arbeitsteilung einerseits und dem der Absicherung gegen unerwünschte Folgen der Wirtschaftspolitik anderer Länder andererseits. Eine Extremlösung im Sinne des erstgenannten Ziels war die Goldwährung. Nicht von ungefähr gilt sie manchen Verfechtern der reinen liberalen Lehre noch immer als goldenes Zeitalter. Geld –



Die Devisenabteilung des Schweizerischen Bankvereins, Basel, wie sie leibt und lebt ... Der Basler Fotograf Niggi Bräuning illustrierte mit einer Reihe lebendiger Schnappschüsse, Impressionen und Stilleben aus dem Alltag der Devisenhändler die drei Artikel in diesem Heft zum Thema Währungsprobleme.

Banknoten oder Sichtguthaben – hatte noch den Charakter eines Goldzertifikats, das von In- und Ausländern bei der Emissionsstelle jederzeit in die entsprechende feste Menge Goldes eingetauscht werden konnte. Eine Passivierung der Zahlungsbilanz – sei es auf Seiten der laufenden Erträge oder durch spontane Kapitalabflüsse – führte bei den Emissionsinstituten zu einem Schwund der Goldreserven und einer entsprechenden Einschränkung des Geldumlaufs. Eine Aktivierung der Zahlungsbilanz hatte die entgegengesetzte Folge. Die automatische Reaktion der umlaufenden Geldmenge auf Bewegungen der Währungsreserven gewährleistete, dass die letzteren sich in Grenzen hielten.

Das Goldwährungsmodell war also ein vollautomatischer Mechanismus, der über die Geldpolitik den Zahlungsbilanzausgleich und die Harmonisierung der Inflationsraten sowie über die Goldparitäten feste Wechselkurse garantierte. Die Geldmengenexpansion für das Gesamtsystem hing ab von der Geldnachfrage, deren Expansion über steigende Goldpreise Goldhorte auf den Markt lockte, und von seinen Zahlungsbilanzüberschüssen gegenüber den goldproduzierenden Ländern. Die Grundtendenz des Systems war eher deflationär. Nicht von ungefähr gab es im letzten Jahrhundert längere Perioden raschen Wirtschaftswachstums bei sinkenden Preisen. Lediglich die Entdeckung wesentlich billiger auszubeutender Goldvorkommen hätte – ähnlich dem Silberboom zur Zeit der Eroberung Südamerikas – Inflationsschübe ermöglicht, indem Zahlungsbilanzüberschüsse einzig dadurch zustandegekommen wären, dass für gleich viel reale Exporte mehr Gold zu erhalten gewesen wäre.

Indessen – der Abschied vom Paradies kam so unvermeidlich und unwiderruflich wie in der biblischen Geschichte, als der Mensch begann, die Unverrückbarkeit der göttlichen Gebote zu hinterfragen und so die Möglichkeit der Sünde entdeckte. Die Goldwährung liess ja Wirtschaftspolitik gar nicht zu. Da konnte keine Rede sein vom Ausgleich von Entwicklungsunterschieden durch künstliche Umkehrung von Kapitalströmen oder von der Überbrückung sozialer Spannungen durch inflationäre Umverteilungsmassnahmen. Protektionistische Vorkehrungen zwangen die Handelspartner, sofort nachzuziehen, wenn sie einen Deflationsdruck vermeiden wollten. So etwas wie wirtschaftspolitische Autonomie gab es nicht. Das einzige, was zählte, war die unterschiedliche Effizienz der Produktionsapparate. Dies alles aber galt nur, solange nicht einer anfangs einfach die Spielregeln zu missachtete, indem er etwa Geld emittierte, hinter dem keine entsprechende Zunahme der Goldreserven stand, oder eines Tages erklärte, dass es für gleich

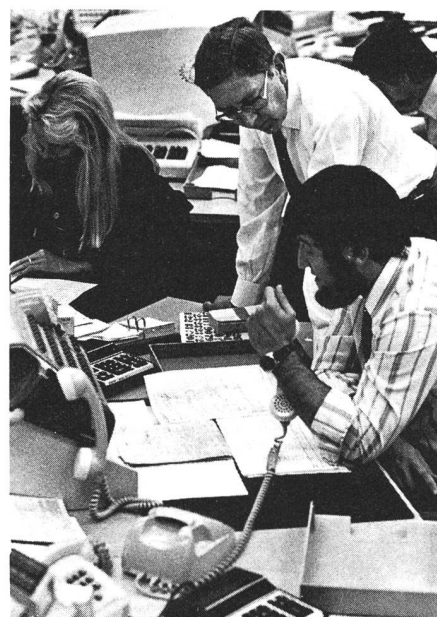
viel Geld nur noch eine kleinere Goldmenge oder gar überhaupt nichts anderes mehr gebe.

Bretton Woods, das 1944 ausgehandelte Währungssystem der Nachkriegszeit, war nach chaotischen Kriegs- und Krisenjahrzehnten sozusagen das «Neue Testament» der Währungsgeschichte, also das ehrliche Bestreben, aus dem Bewusstsein der Sünde und unter Berücksichtigung menschlicher Schwäche wenigstens einige Elemente des verlorenen Paradieses nachzubilden. Es geschah dies mit Hilfe der Pflicht zur unbegrenzten Entgegennahme und Abgabe ausländischer Währungen zu festen, wenngleich anpassbaren Wechselkursen, des durch Kreditfazilitäten gemilderten Zwangs zum Zahlungsbilanzausgleich und der Goldkonvertibilität wenigstens einer Währung, nämlich des Dollars. Indessen – das «Neue Testament» entpuppte sich als klare Überforderung der moralischen Kraft unserer Wirtschaftspolitiker: Die Pflicht zur Zahlungsbilanzanpassung wurde durch Verschuldung immer weiter hinausgeschoben; Länder, welche die Regeln ernst nahmen, wurden zum Inflationsimport gezwungen; die Führungsmacht USA profitierte schamlos von der Möglichkeit, ihre Käufe im Ausland – nicht nur Importe, sondern auch Produktionsanlagen – mit der eigenen Notenpresse zu finanzieren, und als die Folgen in Gestalt eines grotesken Missverhältnisses zwischen den in Gold inconvertiblen Dollarguthaben des Auslandes und den amerikanischen Goldreserven immer offenkundiger wurden, schloss Washington kurzerhand den Goldschalter und leitete damit die Zerstörung des Systems ein.

Auf diese Weise sind wir nahe bei jener Lösung angelangt, die der Goldwährung als anderes Extrem gegenübersteht, nämlich den flexiblen Wechselkursen, die sich anheischig machen, ein Höchstmass an wirtschaftspolitischer Autonomie zu gewährleisten, denen aber gleichzeitig eine schädliche Auswirkung auf die internationale Arbeitsteilung nachgesagt wird. Was ist von dieser Beurteilung zu halten?

Flexible Wechselkurse, wirtschaftspolitische Autonomie und internationale Arbeitsteilung

Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten verändern sich, wenn die Wirtschaftssubjekte von einer Währung mehr oder weniger zu halten wünschen. Im Fall völlig flexibler Wechselkurse gehören die Währungsbehörden nicht zu diesen Wirtschaftssubjekten. Welches sind in diesem Fall die Bestimmungsgründe der Wechselkurse? Es trifft zu, dass eine Vergrösserung des Überschusses in der laufenden Bilanz unter sonst unveränderten Umständen zu einer Erhöhung der Nachfrage nach Landeswährung und damit zu einer



Höherbewertung führt und umgekehrt. Aber da die Zahlungsbilanz bei flexiblen Wechselkursen definitionsgemäss immer ausgeglichen ist, indem der Ertragsbilanzsaldo durch einen umgekehrten Kapitalverkehrssaldo kompensiert wird, spielt die Höhe des Ertragsbilanzsaldos grundsätzlich keine Rolle bei der Wechselkursklärung. Auch ein hohes Defizit, wie das amerikanische oder früher das britische, wird erst dann zum Problem, wenn im Ausland die Bereitschaft, neue Dollarguthaben zu akkumulieren, zur Kompensation nicht mehr ausreicht. Veränderungen in der Bereitschaft zum Halten von Finanzaktiven in einer Währung können deren Wechselkurs sogar ganz ohne Zahlungsbilanzverschiebungen berühren, indem Verlagerungen von einer Währung in die andere, etwa im Euromarkt, ohne Umweg über die Kapitalverkehrsbilanz vorgenommen werden.

Die Nachfrage nach Finanzaktiven in einer Währung hängt, vereinfacht ausgedrückt, von den relativen Wechselkurswartungen, korrigiert um die bestehenden Zinsdifferenzen, ab. Die Wechselkurswartungen ihrerseits sind von den verschiedensten Faktoren bestimmt: Manche internationale Anleger leiten vielleicht schon aus einer zusätzlichen Geldbasisexpansion in einem Lande eine steigende Inflations- und damit Abwertungserwartung ab, andere erst aus der dadurch ausgelösten tatsächlichen Abwertung, wieder andere aus den durch diese Abwertung ausgelösten Importpreissteigerungen, welche die Inflationserwartungen bestätigen; die damit verbundene Passivierung der Ertragsbilanz beeinflusst weitere Kreise, während die Abwertungsbewegung, die durch all diese Faktoren in Gang gehalten wird, die Geldnachfrage in dieser Währung schrumpfen lässt und damit die in der ursprünglichen Geldbasisexpansion

angelegte Geldangebotsvermehrung virulent werden lässt. Erwächst daraus tatsächlich ein inflationärer Schub, so werden weitere Anleger dies als ominöses Zeichen werten.

Für eine derartige Spirale aus Inflation und Abwertung gibt es grundsätzlich so wenig ein Ende wie für die umgekehrte aus relativer Preisstabilität und Aufwertung. Zwar kann nachgewiesen werden, dass ein Gleichgewichtswechselkurs erst erreicht wäre, wenn die relative Veränderung der Wechselkurse im Vergleich zu einem früheren Gleichgewichtszustand der relativen Kaufkraftveränderung entspricht. Aber erstens bewirkt die geschilderte Spirale, dass sich der Gleichgewichtskurs dauernd verschiebt, indem nicht nur die Wechselkurse von den Inflationserwartungen, sondern auch die tatsächlichen Inflationsraten von den Wechselkursen mitbestimmt werden. Und zweitens hindert nach unserem heutigen Wissensstand nichts die Wechselkurse daran, sich von ihrem Gleichgewicht nach oben oder unten immer weiter zu entfernen, solange sie nicht einzig und allein durch Inflationserwartungen bestimmt sind, die mit der künftigen Wirklichkeit genau übereinstimmen.

Das «Überschiessen» der Kursschwankungen über die Inflationsdifferenzen hinaus liegt demnach in der Natur flexibler Wechselkurse. Auch sie gestatten daher nicht die Einhaltung eines autonomen wirtschaftspolitischen Kurses. Im Gegensatz zu Fixkurssystemen üben sie jedoch keinen Konvergenzzwang aus, sondern verstärken im Gegenteil die Unterschiede. Indem sie bei überdurchschnittlich stabilen Ländern nach oben und bei überdurchschnittlich inflationären nach unten vorausseilen, beschleunigen sie bei den ersteren Strukturanpassungen und

verzögern sie bei den letzteren. Da die Wechselkurse in Systemen mit festen, aber anpassbaren Paritäten umgekehrt längerfristig gesehen hinter den Inflationsraten herhinken, trifft dort das Gegenteil zu. Beides ist für das langfristige Wachstum nicht optimal, aber eine Vorwegnahme von Strukturanpassungszwängen und eine höhere Preisstabilität ist dem Gegenteil sicherlich vorzuziehen.

Der tatsächliche Effekt weltweit flexibler Wechselkurse lässt sich freilich anhand der bisherigen Erfahrungen nicht ermesen, denn wir leben nicht mit flexiblen, sondern lediglich mit freien Wechselkursen, d. h. mit einem Unsystem, in dem jeder nach seiner eigenen Façon selig werden soll. Da alle Erwartungshaltungen ausser zutreffenden Inflationserwartungen zum Überschiessen der Kursentwicklung über die Inflationsdifferenzen hinaus beitragen, ist zu vermuten, dass es in einem klar definierten System, d. h. auch bei völlig flexiblen Wechselkursen, nicht im selben Ausmass zu Verzerrungen käme wie im heutigen Unsystem.

Man vergegenwärtige sich: Die Zentralbanken sind sich nicht nur untereinander nicht einig, unter welchen Bedingungen sie in die Kursentwicklung eingreifen sollen, sondern auch jede einzelne von ihnen verhält sich in verschiedenen vergleichbaren Situationen ganz unterschiedlich. Nicht nur in der Geld- und Devisenmarktpolitik, sondern auch in den öffentlichen Äusserungen der Wirtschaftspolitiker kommt es allzu oft vor, dass weder zwischen den Zentralbanken noch zwischen ihren Handlungen zu verschiedenen Zeitpunkten eine Konsistenz zu beobachten ist. Hinzu kommt, dass die Devisenmärkte durch allerlei Massnahmen und nicht zuletzt auch durch die gestiegene Vorsicht des Devisenhandels selbst

wesentlich enger geworden sind als früher, dass es mit anderen Worten eher zu wenig Spekulation gibt, so dass Angebots- und Nachfrageverschiebungen zu stärkeren Kursschlägen führen. All dies kommt hinzu zum Grundproblem der Interventionspolitik der Notenbanken, die gewöhnlich versuchen, eine Entwicklung, an die der Markt glaubt, aufzuhalten, ohne die Motivation für die Haltung des Marktes ändern zu können. Sie liefern der Spekulation mit anderen Worten lediglich das Objekt – z. B. aufwertungsverdächtige Schweizer Franken – zu Discountpreisen und ermutigen sie damit geradezu zum Geschäft. Damit sei nicht behauptet, bei wirklich flexiblen Wechselkursen werde es kein Überschiessen geben. Immerhin gibt es Gründe, anzunehmen, dass das Phänomen weniger ausgeprägte Formen haben würde als beim heutigen Unsystem.

Statt der direkten Eingriffe liessen sich tauglichere Mittel zur Beruhigung der Devisenmärkte denken. So könnte eine Verstetigung der Geldpolitik – vor allem, wenn sie durch die Bekanntgabe der Geldmengenziele unterstützt wird – auf längere Sicht auch die Erwartungen stabilisieren, die den Kursschwankungen zugrunde liegen. Würde diese Verstetigung noch mit einer wirksamen internationalen wirtschaftspolitischen Abstimmung einhergehen, die einen Abbau der Inflationsdivergenzen in Richtung Preisstabilität zur Folge hätte, käme es möglicherweise von selber zu annähernd festen Wechselkursen.

Ideallösungen . . .

Welche Konklusionen sind aus den bisherigen Überlegungen zu ziehen, wenn wir von der Ausgangsfrage – internationale Arbeitsteilung kontra wirtschaftspolitische Autonomie – ausgehen? Es gibt offenkundig kein System, das die letztere voll gewährleistet. Während Fixkurssysteme die Konvergenz erzwingen – die Goldwährung in Richtung Stabilität, Bretton-Woods-ähnliche Systeme eher in Richtung Inflation –, tendieren flexible Systeme zur Verstärkung der Divergenzen, was freilich einen wirtschaftspolitischen Lerneffekt auslösen kann, dessen Endresultat dennoch stärkere Konvergenz sein mag.

Die internationale Arbeitsteilung wird sicherlich am meisten behindert durch das gegenwärtige Unsystem mit seinen enormen Unsicherheiten. Vermutlich wäre in dieser Hinsicht der Übergang zu völlig flexiblen Wechselkursen eine Verbesserung. Weitgehend ohne Hindernisse für die Aussenwirtschaft käme die Goldwährung aus. Aber die Rückkehr ins Paradies ist, wie gesagt, keine reale Möglichkeit. Hinsichtlich der internationalen Arbeitsteilung – allerdings nicht hinsichtlich der



Pampers

Trockener für das Baby - bequemer für die Schwester.

In Pampers fühlt sich das Baby wohler und bleibt trockener als in herkömmlichen Windeln. Denn Pampers haben eine spezielle Trockenschicht. Die leitet die Nässe nach unten in das weiche Saugkissen, wo sie aufgenommen und verteilt wird. Die Trockenschicht hilft dann die Nässe weitgehend unten zu halten, also weg von der zarten Haut des Babys. So liegt das Baby trockener und fühlt sich wohler.

Mit Pampers müssen Sie die Baby- und Bettwäsche lange nicht so oft wechseln, wie das bei herkömmlichen Windeln nötig ist. Denn Pampers ist Windel und Plastikhöschen zugleich. Das heisst, Pampers bewirkt, dass die Nässe innen in der Windel bleibt, damit nichts durchnässt auf Hemdchen, Leintücher, Decken und Bezüge.

Sie müssen somit weniger Wäsche wechseln, was Ihnen die Arbeit einfacher und bequemer macht.



Ausführlich informiert Sie:
Pampers
Ärzte- und Klinikberatung
Procter & Gamble AG
80, rue de Lausanne
1211 Genève 2

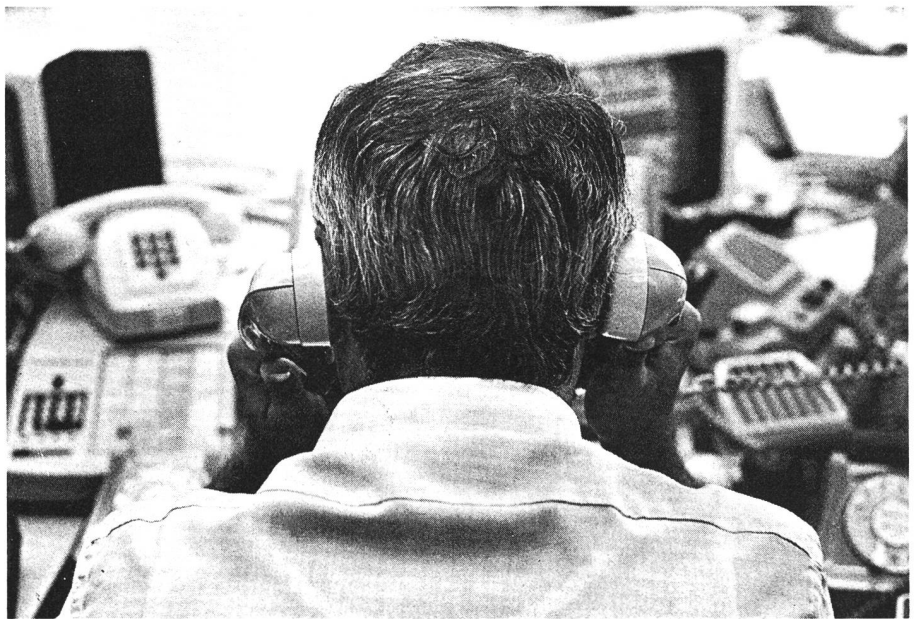


Pampers halten Babys trockener. Den Unterschied können Sie spüren.

Geldwertstabilität – ist ihr jedoch ein anderes Modell ebenbürtig, nämlich eine Währungsunion mit einer einzigen Währung oder mit unverrückbar festen Wechselkursen. Sie setzt freilich eine gemeinsame Wirtschaftspolitik voraus oder aber die Bereitschaft, die tiefgreifenden strukturellen Folgen einer nicht ausreichend harmonisierten Wirtschaftspolitik voll zu tragen bzw. durch regionale Ausgleichssysteme voll zu kompensieren – d. h. so oder so einen Grad an Solidarität, der eigentlich nur in einer politischen Union zu erreichen ist. Dieses Modell muss somit vorläufig noch als Utopie gelten – aber durchaus im konstruktiven, in die Zukunft gewandten Sinne.

Demgegenüber fragt es sich, ob Bretton-Woods-ähnliche Systeme, welche nach den Vorteilen von Fixkurssystemen streben, ohne ihre hohen Ansprüche an die wirtschaftspolitische Konvergenz zu stellen, nicht eher die Nachteile beider Systeme verbinden: Soweit die Inflationsraten nicht harmonisiert und die tägliche Geld- und Devisenmarktpolitik nicht minuziös abgestimmt wird, kommt es in solchen Systemen zu periodischen Wechselkurskrisen, die ebenso grosse Unsicherheiten schaffen wie frei schwankende Kurse – mit dem gravierenden Unterschied, dass die Aussenwirtschaft weniger darauf eingestellt ist – und die überdies meist den Nebeneffekt haben, dass der Mangel an wirtschaftspolitischer Konvergenz durch Inflationsimport der stabileren Partner teilweise ausgeglichen wird.

Es existiert noch ein weiteres Denkmodell, das unter diesen Umständen als Optimum erscheinen müsste: Ein System konstanter realer Wechselkurse – ein System also, in dem die Kurse immer auf dem langfristigen Gleichgewichtspfad gehalten würden, der durch die Kompensation der mit der relativen Bedeutung der Aussenwirtschaftspartner gewogenen Inflationsdivergenzen gegeben wäre. In einem solchen System wäre grundsätzlich weder die internationale Arbeitsteilung noch die wirtschaftspolitische Autonomie behindert, da es die Stabilität der realen Wechselkurse garantieren würde, ohne einen Zwang zur Konvergenz der Inflationsraten zu schaffen. Der Nachteil dieses Systems ist der, dass wir beim heutigen Stand der ökonomischen Kenntnisse nicht wissen, ob und wie es zu verwirklichen wäre. Würden sich Veränderungen der Geldbasis im gleichen Atemzug voll im gesamten Geldumlauf und Verschiebungen der internationalen Nachfrage nach Finanzaktiven voll in der Nachfrage nach den betreffenden Währungen niederschlagen, wäre die Sache relativ einfach: Die Zentralbank könnte sich darauf beschränken, das Überschiessen der Wechselkurse zu verhindern, indem sie diese mittels Interventionen auf dem Gleichgewichtspfad hielte, der durch die



zu Hause angestrebt und die im Ausland erwarteten Inflationsraten bestimmt wäre. Die expansive oder kontraktive Wirkung dieser Devisenmarktoperationen auf das Geldangebot wäre eine automatische Kompensation der mit dem Überschiessen verbundenen Schwankungen der Geldnachfrage.

In Wirklichkeit kennt man die Auswirkungen internationaler Anlageentscheidungen auf die Geldnachfrage nicht; man weiss nicht einmal, wie sie zu messen wären. Überdies schlagen sich Geldbasisveränderungen mit variablen zeitlichen Verzögerungen im Geldumlauf nieder, so dass niemand weiss, ob eine Geldbasiserweiterung, die als Kompensation für eine wechselkurssteigernde Geldnachfrageerhöhung gedacht war, nicht gerade dann inflations- und wechselkurswirksam wird, wenn das Gegenteil erwünscht wäre. Der Versuch, das Überschiessen auszuschalten, würde dann sowohl das Wechselkurs als auch das Stabilitätsziel gefährden. Es sollte aber noch nicht völlig ausgeschlossen werden, dass eine weitere Erforschung der internationalen Geldnachfrage und der zeitlichen Abfolge von Veränderungen auf der Geldangebotsseite Möglichkeiten aufzeigen könnte, durch Kombination von Offenmarkt- und Interventionspolitik eine Stabilisierung der realen Wechselkurse und damit ein währungspolitisches Optimum zu erreichen.

... und Realitäten

So führt die Suche nach einer optimalen internationalen Währungsordnung zu einem überaus ernüchternden Befund: Das Paradies der Goldwährung ist nicht wieder zu gewinnen. Die Utopie der Währungsunion bleibt einer fernen und ungewissen Zukunft vorbehalten, etwa im

Rahmen einer Europäischen Union, die ihre eigene politische Identität gefunden hätte. Zur Verwirklichung eines politisch unproblematischen Denkmodells – der Stabilisierung realer Wechselkurse – reicht unser Kenntnisstand (noch?) nicht aus.

In der Zwischenzeit führt das Bestreben der Dollarhalter, die aus der Liquidation von Bretton Woods übriggebliebene Konkursmasse vorsichtig loszuschlagen, ohne den Wert ihrer noch vorhandenen Dollaranlagen oder gar das Funktionieren der internationalen Zahlungssysteme gänzlich in Frage zu stellen, zu immer neuen Versuchen, hinter die Bastionen einiger weniger vertrauenerweckender Währungen zu gelangen oder sich wenigstens in den Schutz ihrer Vorposten im Euromarkt zu begeben. Je mehr diese Möglichkeiten eingeschränkt werden, desto verzweifelter wird der Andrang der Schutzsuchenden. Man wird nüchtern feststellen müssen, dass es nicht viel gibt, was in dieser Situation getan werden könnte. Die EG plant, die Bastion durch einen Zusammenschluss Frankreichs, womöglich sogar weiterer Mitglieder, mit dem D-Mark-Block zu erweitern. Dass das geplante Europäische Währungssystem eine Unterstützung des in Frankreich eingeschlagenen Stabilitätskurses wäre und dass in der Tat ein Teil der Schutzsuchenden von der D-Mark auf den Franc abgelenkt werden könnte, ist anzunehmen. Nach allem, was über Bretton Woods gesagt wurde, ist aber gleichzeitig zu vermuten, dass angesichts der vorauszusehenden mangelhaften Konvergenz der Inflationsraten die Bundesrepublik Deutschland schliesslich zum Inflationsimport gezwungen würde. Dennoch sieht es so aus, als ob die EG in dieser Richtung marschieren wollte. Das ändert nichts daran, dass es im heutigen Rahmen nur folgende Optionen zu geben scheint:

– Überschreiten nach oben mit überdurchschnittlicher Preisstabilität und starkem Struktur Anpassungsdruck;
 – Überschreiten nach unten mit überdurchschnittlichem Inflationsdruck und Tendenz zur relativen Strukturstarre;
 – Strukturkonservierende Unterbewertung und importierte Inflation beim Versuch stabilitätsorientierter Länder zur Fixierung nomineller Wechselkurse;
 – Überbewertung mit entsprechendem Struktur Anpassungs- und Stabilitätsdruck für inflationäre Länder beim Versuch der Wechselkursfixierung.
 Dass Frankreich die letzte und die Schweiz die erste Option gewählt haben, verwundert nicht. Merkwürdiger erscheint schon die deutsche Wendung zur dritten, die Abneigung Grossbritanniens gegenüber der vierten und die dezidierte Hinwendung zur zweiten Option seitens der USA. Vielleicht aber wäre wenigstens jenen Ländern, deren Wahl rational erscheint, zu raten, sie wirklich konsequent durchzuhalten – etwa, was die Flexibilität der Wechselkurse und die monetäre Disziplin anbelangt. Fest steht auch, dass die Verfestigung und Konvergenz der Wirtschaftspolitik in Richtung niedrigerer Inflationsraten das Funktionieren gewisser Systeme überhaupt erst ermöglicht, jenes aller Systeme aber wesentlich erleichtert. Bis die internationale Wirtschaftspolitik entsprechend wirksame Konzertationsverfahren entwickelt hat, ist mit der Stabilisierung realer Wechselkurse ein Nobelpreis zu gewinnen . . .

Aus: »Der Monat«
 in Wirtschaft und Finanz

Eine Dachorganisation und ihre Verbände stellen sich vor

Umfangreich und weitverzweigt sind Arbeitsfeld und Organisationsstruktur des schweizerischen Behindertenhilfswerkes Pro Infirmis. Im Dienste der ungezählten geistig und körperlich behinderten Mitmenschen unterhält Pro Infirmis ein Zweigstellen- und Sprechstundennetz, das die ganze Schweiz umfasst. Dreizehn Fachverbände (10 deutsche Schweiz, 3 französische Schweiz) für die verschiedenen Behinderungen sind in Pro Infirmis zusammengeschlossen; sie sollen im folgenden kurz dargestellt werden:

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Körperbehinderte (SAK) hat zum Ziel die Förderung zweckmässiger Einrichtungen zugunsten Körperbehinderter sowie die Aufklärung der Öffentlichkeit über Fragen der Hilfe für Körperbehinderte

– architektonische und psychologische Barrieren, medizinische und berufliche Rehabilitation. Sekretariat: Feldeggstrasse 71, c/o Pro Infirmis, 8032 Zürich.

Der Schweizerische Verband für das Gehörlosenwesen (SVG) bezweckt die seelisch-geistige, religiöse, medizinisch-audiologische, pädagogische, beruflich, soziale und wirtschaftliche Hilfe und Beratung für jugendliche und erwachsene Gehörlose und ihre Angehörigen in der deutsch-, italienisch- und romanisch-sprachigen Schweiz. Sekretariat: Thunstrasse 13, 3005 Bern.

Der welschsprachige Verband: L'Association suisse pour les sourds démutisés (asasm): Secrétariat: 32, avenue de la Gare, 1003 Lausanne.

Der Bund Schweizerischer Schwerhörigenvereine (BSSV) setzt sich als Selbsthilfeorganisation für alle Fragen der Schwerhörigkeit ein, wie die Gründung von Vereinen und Förderung ihrer Tätigkeit, Öffentlichkeitsarbeit, Verständigungstraining, Ausbildung von Lehrern und Hörmitelberatern. Sekretariat: c/o Pro Infirmis. Der welschsprachige Verband: La Société romande pour la lutte contre les effets de la surdité (SRLS): Secrétariat: 4, rue de Sempach, 2300 La Chaux-de-Fonds.

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Logopädie (SAL) bezweckt die Erfassung und Behandlung Sprachgeschädigter durch Aus- und Fortbildung von Logopäden und durch Zusammenarbeit mit den der Sprachtherapie dienenden Fachleuten und Organisationen. Sekretariat: c/o Pro Infirmis.

Der welschsprachige Verband: Secrétariat: Case ville 164, 2800 Delémont.

Der Schweizerische Zentralverein für das Blindenwesen (SZB) koordiniert die Tätigkeit seiner Mitgliederorganisationen im Sehbehindertenwesen, vertreibt blindentechnische Hilfsmittel, vermittelt Blindenführhunde und führt in der ganzen Schweiz die Taubblindenberatung durch. Sekretariat: St. Leonhardstrasse 32, 9000 St.-St. Gallen.

Die Schweizerische Liga gegen Epilepsie (SLgE) bezweckt die Bekämpfung der Epilepsie auf medizinischer und wissenschaftlicher Grundlage, die schulische und berufliche Förderung der Erkrankten sowie die Linderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieses Leidens. Sekretariat: c/o Pro Infirmis.

Die Schweizerische Heilpädagogische Gesellschaft (SHG) unterstützt und fördert alle Bestrebungen zur Erziehung, Schulung, Förderung und Betreuung der Lernbehinderten und geistig Behinderten aller Grade und jeden Alters auf allen Gebieten

des privaten und öffentlichen Lebens. Sekretariat: Gutenbergstrasse 37, Postfach 225, 3000 Bern 13.

Der Schweizerische Verband für erziehungsschwierige Kinder und Jugendliche (SVE) macht es sich zur Aufgabe, erziehungsschwierigen, milieugeschädigten, sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen die angezeigte Erziehung und Ausbildung, die nötige Behandlung und Therapie zuteil werden zu lassen. Sekretariat: c/o Pro Infirmis.

Im Schweizerischen Verband von Werken für Behinderte (SVWB) sind die Eingliederungs- und Dauerwerkstätten zusammengeschlossen. Er dient der Förderung und Koordination der Bestrebungen zugunsten der behinderten Erwachsenen im beruflichen und gesellschaftlichen Bereich. Sekretariat: Brunaustrasse 6, 8002 Zürich.

Die Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Kranken- und Invaliden-Selbsthilfeorganisationen (ASKIO) unterstützt die ihr angeschlossenen Mitgliedsverbände der Behindertenselbsthilfe, organisiert Weiterbildungskurse und aktiviert in Seminaren vor allem junge Behinderte. Sie setzt sich ein für eine behindertenfreundliche Sozialpolitik. Sekretariat: Effingerstrasse 5, 3011 Bern.

Alle Fachverbände von Pro Infirmis bilden ihrerseits wieder Zusammenschlüsse von Organisationen und Einzelpersonen unter dem Gesichtspunkt einer bestimmten Behinderung. Sie vertreten zusammen mit der Dachorganisation Pro Infirmis generelle Anliegen aller Gruppen in der Öffentlichkeit.

Pressedienst der Pro Infirmis

Keine Angst vor Grippe

VG. Schon das Wort «Grippe» versetzt nicht wenige unserer Mitbürger in Angst oder gar Schrecken. Alle möglichen Bezeichnungen tauchen auf wie etwa Schweinegrippe, russische, asiatische und viele andere. Allen Arten gemeinsam sind die Erreger, nämlich Viren. Diese Parasiten lassen sich weder mit Antibiotika noch mit Sulfonamiden genügend wirksam bekämpfen. Darum suchen manche ihr Heil in der Schutzimpfung. Abgesehen davon, dass für jede Virusart ein anderer Impfstoff benötigt wird, ist die Schutzwirkung nicht 100%ig, und ist eine Virusart im Anzug, gegen die man nicht geimpft wurde, fast wirkungslos. Diese Gründe bewogen die Behörden, keine generellen Impfungen zu empfehlen.

Die Naturheilkunde kennt hervorragende Möglichkeiten, um die Krankheit zu kurieren. Eine davon sei herausgegriffen: So-